Mürber können sie sein, aber versöhnlicher gewiß nicht. In der Hitze des Kampfes wird der Feind niemals versöhnlich; es kommt nur darauf an, ihn mürbe zu machen. Und da dieser Erfolg jetzt offenbar eingetreten ist, so müssen wir unsere Aufmerksamkeit auf die Eventualität eines Friedensschlusses richten. Daß dieser nicht ohne Konzessionen erfolgen wird, scheint uns ziemlich sicher. Deshalb braucht der Friede noch kein „fauler Friede" zu sein. Wir haben im deutsch-französischen Kriege mit schweren Opfern Belfort eingenommen und es später wieder herausgegeben. Niemand kann deshalb behaupten, daß wir einen „faulen Frieden" mit Frankreich abgeschlossen hätten. Man glaube nicht, daß es möglich sein wird, der Kurie gegenüber anders zu handeln. Unter den Gesetzen, die der Kirchenkampf hervorrief, sind manche, die unter allen Umständen aufrecht erhalten werden müssen z. B. das Schulaufsichtsgesetz und die Ordnung des Zivilstandes. Andere Gesetze aber, die nur als Kampfmittel dienten, dürften als Kompensationsobjekt verwerthet werden, sobald der Kampf auf beiden Seiten völlig eingestellt wird. Ein Gesichtspunkt muß noch hervorgehoben werden. Hat einmal die Kurie ihren Frieden mit dem Staate gemacht, so wird sie sich gewiß vollständig auf die Seite der Regierung gegen die liberale Partei stellen, denn wir können versichert sein: sie haßt uns bitterer, wie den Fürsten Bismarck, wenn sie auch jetzt gegen diesen ihren Zorn heftiger entladet. Die Stimmen, über welche jetzt das Zentrum im deutschen Reichstage verfügt, werden dann den Konservativen zuwachsen. Ohne die liberale Partei kann der Abschluß des Friedens nicht erfolgen; es ist darum ihre Aufgabe, sich jene Eventualität klar vor Augen zu halten.

Die mecklenburgische Verfassungsfrage wird aller Wahrscheinlichkeit nach in kürzester Frist eine den Beschlüssen des Reichstages mehr als bisher entsprechende Gestalt annehmen. Bekanntlich hatte die großherzoglich mecklenburgische Regierung auf den wiederholten Beschluß der Ritterschaft in ihrer Frühjahrssession neue Vorschläge über Modifikationen der Landesverfassung entwerfen zu wollen, die Antwort ertheilt, es läge keine Veranlassung vor, dieses Verlangen zu erfüllen, da es nur von einem Theile der Landesvertretung ausgehe. Nach der vom Großherzog in seiner Thronrede im Februar 1874 gegebenen Erklärung, daß die mecklenburgischen Verfassungszustände mit den Forderungen der Reichsverfassung nicht im Einklang ständen und daß eine Reform dringend und unumgänglich sei, war es nicht zweifelhaft, welchen Weg die Angelegenheit nehmen werde. Nachdem alle Aussicht verschwunden war, mit den gesetzlichen Faktoren des Landes allein eine allerseits befriedigende Verfassungsänderung zu Stande zu bringen, hat man sich von hoher Stelle aus in Berlin Raths erholt und die Folge davon ist, daß der bisherige leitende Minister in Mecklenburg, Graf Bassewitz, den man als den hauptsächlichsten Vertreter der ritterschaftlichen Ansprüche ansieht, demnächst aus dem Kabinet ausscheiden und ein anderer, zwar konservativen aber modernen Rechtsanschauungen huldigender und entschiedener Mann an seine Stelle treten wird.

Wie österreichische Blätter versichern, hat der Kriegsminister seine Mehrforderung von 21 Millionen Gulden auf 9 Millionen ermäßigt und zwar infolge des Widerstandes seiner Kollegen im Kabinet. Von diesen 9 Millionen sollen $7_{,53}$ auf das Extra-Ordinarium und $1_{,40}$ Millionen auf das Ordinarium entfallen. Von dem Mehrerforderniß im Extra-Ordinarium sind 6 Millionen als „einmaliges außerordentliches Erforderniß" auf die neuen Geschütze berechnet und der Rest soll zum größten Theil auf den Ausbau der im Bau begriffenen Festungen entfallen. Das Mehrerforderniß im Ordinarium resultirt zum größten Theile aus der Einstellung für Militär-Bildungsanstalten, Organisation des Generalstabes, Berittenmachung der Hauptleute und Auslagen für Unterkünfte und Spitäler. — Der Weberstrike in Brünn ist nun thatsächlich beendet. Der Strike als ein absichtliches Feiern der Arbeiter findet nicht mehr statt, wenn auch die Anzahl der nun unfreiwillig Feiernden keine geringe ist. Die Anzahl der in Arbeit befindlichen Weber wird auf circa 1400 geschätzt, etwa die Hälfte der Arbeiterzahl zu Beginn des Strikes. Von der fehlenden Hälfte ist ein bedeutender Theil im Verlaufe des Strikes von Brünn weggezogen, die übrigen finden in Folge des eingeschränkten Fabriksbetriebes, der Anschaffung mechanischer Webstühle 2c. die wieder aufgesuchte Arbeit nicht mehr. Die Gerichte haben ihre Arbeit ebenfalls erledigt, indem einige Strike-Theilnehmer, hauptsächlich solche, welche sich gewaltthätige Pressionen gegen arbeitslustige Kameraden zu Schulden kommen ließen, mit angemessenen Strafen belegt wurden. Eine andere Gerichts-Affaire aber wird erst am 7. August ihre Erledigung finden, die Ohrfeigen-Geschichte in der Max Kohn'schen Fabrik.

Aus Montenegro kommt unter Anderm die Nachricht, daß Fürst Nikolaus die alten Herzegowinaer Emigranten, die seit der Niederwerfung des Aufstandes des Luka Vukalovich in Montenegro leben, bewachen läßt, damit sie nicht zu den Insurgenten übergehen können.

Deutsches Reich.

Die Revision des Strafgesetzbuches, welche von der preußischen Regierung allerdings schon zum Gegenstande von Anfragen bei den Gerichten und Behörden gemacht worden ist, wird in der bevorstehenden Reichstagssession aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zur Verhandlung gelangen. Einerseits ist das dem Bundesrathe vorgelegte Material noch keiner Durchsicht unterworfen worden, andrerseits wird, bei der Fülle der dem Reichstage zu unterbreitenden Gesetzentwürfe kaum noch Zeit für einen so wichtigen Gegenstand übrig bleiben. Schließlich aber sprechen verschiedene Gründe dafür, diese Revision überhaupt bis nach definitiver Genehmigung der Strafprozeßordnung zu verschieben. Dem Vernehmen nach wird zunächst nur eine Ergänzung des Strafgesetzbuchs in der Art beabsichtigt, daß ein dem bekannten belgischen Duchesneparagraph entsprechender Artikel darin Aufnahme finden soll. Die Annahme dieses Paragraphen soll als eine dringliche hingestellt werden, da die Reichsregierung hinter der Promptheit, mit welcher das Brüsseler Kabinet von Berlin aus geäußerten Wünschen entsprach, nicht zurückbleiben will. — Das auswärtige diplomatische Korps an den Höfen der Einzelstaaten hat den neuen Verhältnissen entsprechend abermals eine Verminderung erfahren. Das Königreich Italien, welches seither noch eine eigene Gesandtschaft am Hofe in Stuttgart unterhielt, hat dieselbe neuerdings eingezogen. Der bisherige italienische Vertreter Graf Ratti Opizzone ist auf den erledigten Posten nach München versetzt worden und wird von dort aus zugleich auch die etwa vorkommenden diplomatischen Geschäfte am Stuttgarter Hofe versehen. — Die Redakteure der „Frankfurter Zeitung" haben, wie bestimmt verlautet, bis zum Ablauf der ihnen gerichtsseitig gesetzten, Freitag Mittag zu Ende gegangenen Frist, den Verfasser der bekannten Zeitungsartikel, derentwegen das Verfahren gegen sie eingeleitet wurde, nicht namhaft gemacht. — Die Kaiserin Elisabeth von Oesterreich ist mit ihrer Tochter, der Erzherzogin Marie Valeria, auf der Durchreise nach Sassetot mittelst Extrazuges am Freitag Vormittag in Straßburg eingetroffen und nahm daselbst einen mehrstündigen Aufenthalt.

Oesterreich-Ungarn.

Die von einem Wiener Blatte gemeldete Nachricht, wonach die Pforte für den Fall, daß in Kroatien und Dalmatien öffentliche Sammlungen für die Aufständischen in der Herzegowina veranstaltet würden, einen Protest oder eine Verwahrung in Aussicht gestellt habe, ist um so unbegründeter, als thatsächlich solche Sammlungen nicht stattfinden dürfen. — In der am 30. Juli stattgehabten Generalversammlung von Aktionären der Lemberg-Czernowitzer Eisenbahn wurde das mit der Regierung wegen Aufhebung des Sequesters getroffene Uebereinkommen ohne Debatte einstimmig zum Beschluß erhoben und der Verwaltungsrath zugleich ermächtigt, 3,260,000 Fl. durch Ausgabe von Prioritäts-Obligationen oder Aktien oder auf andere Weise zu beschaffen.

Schweiz.

Die von der Regierung von Uri gegen die strikendenden Arbeiter bei dem Bau des Gotthardstunnels nach Goeschenen abgesandten Truppen wurden von den Arbeitern mit Steinwürfen empfangen und gaben deshalb Feuer. Von den Arbeitern wurden zwei getödtet und mehrere verwundet. Die Uebrigen haben sich zerstreut. Als Ursache des Strikes wird angegeben, daß die Arbeiter eine Erhöhung ihres Lohnes verlangt hätten.

Frankreich.

Nachdem vorigen Donnerstag die Nationalversammlung die Berathung des Marinebudgets beendet, verlangte der Deputirte Raoul Duval von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herzog Decazes, Auskunft über die Gründe der Verzögerung, welche die Erledigung der von der französischen Regierung wegen des im amerikanischen Unabhängigkeitskriege französischen Unterthanen zugefügten Schadens geltend gemachten Ersatzansprüche erleide. Der Minister theilte demselben hierauf mit, daß die übrigen Regierungen bezüglich ihrer Entschädigungsansprüche den Vereinigten Staaten von Nordamerika gegenüber sich in keiner besseren Lage befänden. Die Ursache hiervon bildeten gesetzgeberische Schwierigkeiten, welche der Präsident Grant in dem Kongreß vergeblich bemüht gewesen sei, zu beseitigen. Nachdem noch das Budget für das Kultusministerium genehmigt worden war, beschloß die Versammlung schließlich die Berathung des Berner Postvertrages auf die Tagesordnung zu setzen. — Das „Echo agricole" veröffentlicht den Bericht der Société centrale de l'agriculture, nach welchem die Getreideernte in den Departements Seine et Oise und in der Beauce um 18—20 pCt. hinter einer Durchschnittsernte zurückbleibt. — In der am 29. Juli stattgehabten Generalversammlung der Aktionäre der Suezkanalgesellschaft wurde der Rechenschaftsbericht der Gesellschaft vorgelegt, nach welchem im verflossenen Geschäftsjahre ein Gewinn von ca. 8 Millionen erzielt worden ist, so daß, auch wenn eine Aenderung des Tarifes nicht vorgenommen wird, noch eine Dividende zur Vertheilung gelangen kann. Lesseps beschuldigte hierauf die englische Regierung, die wirklichen Interessen der Rheder diplomatischen Intriguen zu opfern und führte aus, daß der gegenwärtige Tarif die von den Postverwaltungen subventionirten Schiffahrtsgesellschaften, sowie die Kriegsschiffe zum Nachtheil der Kauffartheischiffe begünstige. Der Rechenschaftsbericht wurde darauf einstimmig genehmigt.

England.

Im Unterhause bat am 29. v. M. bei seinem Wiedereintritt der Deputirte Plimsoll das Haus wegen seines jüngsten Verhaltens um Entschuldigung und nahm rückhaltlos die von ihm gebrauchten nicht parlamentarischen Ausdrücke zurück, beharrte dagegen bei seinen Erklärungen über die von ihm angeführten Thatsachen. Der Premier Disraeli erklärt hierauf, daß er von der Aufrichtigkeit der Entschuldigung Plimsoll's überzeugt sei und zieht den von ihm gestellten Antrag, Plimsoll durch den Sprecher einen Verweis ertheilen zu lassen, zurück. Obgleich Bentinck und Newdegate durch die Erklärungen Plimsoll's nicht zufrieden gestellt sind, lehnt es das Haus schließlich doch ab, Plimsoll einen Verweis zu ertheilen. — Bei dem gestern bereits erwähnten Banket des Lordmayors hielt der Präfekt des Seine-Departements eine Rede, in welcher er dem englischen Volke den Dank des französischen Volkes für die Unterstützung aussprach, welche England (wohlgemerkt, das neutrale England) Frankreich sowohl während des letzten Krieges, als auch neuerdings anläßlich der Ueberschwemmungen habe zu Theil werden lassen. Der Bürgermeister von Brüssel brachte einen Toast auf das Wohl des Lordmayors aus.

Spanien.

Die Karlisten haben den Versuch gemacht, Logrono zu bombardiren, sind aber mit nicht unerheblichen Verlusten zurückgeworfen worden.

Türkei.

Das Gerücht von einem bereits erfolgten Wechsel in der Person des Großvezirs hat bis jetzt offiziell noch keine Bestätigung gefunden, doch wird in diplomatischen Kreisen die Demission des Großvezirs als demnächst bevorstehend erwartet.

Gern wurde dieser Freundschaftsdienst angenommen, obschon Nordheim die ganze Angelegenheit ziemlich kühl und gleichgiltig behandelte. Er verabredete das Nöthige mit seinem Sekundanten und machte sich dann nach seinem Gute auf, vorher noch auf's Bestimmteste versprechend, daß er am nächsten Tage in aller Frühe wieder zur Residenz kommen und in der Wohnung des Lieutenant von Wittritz sich einstellen wolle.

Auf seinem Gute angekommen, begab sich Nordheim auf sein Zimmer, wo er lange Zeit einsam sitzen blieb und — jenes Päckchen mit den gezeichneten Banknoten in der Hand hielt. Er grübelte und brütete über einem Gedanken, der an dieses Päckchen sich anschloß und der ihm wichtiger erschien, als der Gedanke an das wahrscheinlich für morgen schon bevorstehende Duell. Nach langem Sinnen öffnete er ein Schubfach seines Schreibtisches und legte das Päckchen hinein, stand auf und begab sich eine Treppe höher hinauf, nach seines Verwalters Zimmer.

Es war nur kurze Zeit, nachdem der Brendlinger Dorffiedler den jungen Mann verlassen hatte. In Ludwigs Hirn arbeitete noch mit fieberhafter Anstrengung der Gedanke, daß sein Vater unschuldig sei an dem ihm schuldgegebenen Morde, daß das, was er bisher für die Ursache zu Werdenbergs Weigerung gehalten hatte und auch jetzt noch dafür hielt, auf einer irrthümlichen Voraussetzung, auf einer entsetzlichen Täuschung beruhe und daß, wenn auch der einem Justizmorde zum Opfer gefallene Vater nicht mehr dem Leben zurückgegeben werden könne, es doch wohl auf irgend eine Weise möglich sei, das eigene, erdrückende Geschick nunmehr leichter, freundlicher, ja sogar ganz glücklich zu gestalten. Liebte ihn nicht Wally? Lag es nicht klar am Tage, daß der Vater der Geliebten eben nur jenen einen Grund für seine harte Weigerung haben konnte?

Da wurde an die Thür vom Zimmer des Verwalters gepocht, und der ohnehin so aufgeregte Mann fuhr beinahe erschrocken auf und rief den Pochenden herein.

Nordheim war es, welcher seinen Verwalter um Entschuldigung für die späte Störung bat und hinzusetzte, er würde nicht gekommen sein, wäre für ihn eine sofortige Besprechung nicht unumgänglich nöthig geworden.

„Bitte, Herr Nordheim, ich stehe zu Ihrer Verfügung", zwang sich Ludwig zu antworten.

Der Gutsbesitzer nahm Platz und erklärte nun, zwar nicht aus welchem Grunde, aber doch, daß er sich am nächsten Tage wohl schlagen werde.

„Zwar bin ich", fuhr er fort — „sowohl auf den Degen als auf die Pistole meiner Sache ziemlich gewiß und könnte jede besondere Maßregel getrost unterlassen. Indessen würde mich nicht ganz unberechtigt der Vorwurf des Leichtsinns treffen können, und aus diesem Grunde kam ich herauf, um mich für alle Fälle mit Ihnen zu besprechen."

Er gab nun Ludwig die Anweisungen, die er für den Fall einer etwaigen Verwundung, ja selbst einer Tödtung — die er freilich durchaus nicht als wahrscheinlich voraussetzte — für nöthig erachtet hatte und überreichte dem Verwalter zum Schluß eine gewisse Summe Geldes für die Zwecke der Wirthschaft, worüber er sich Quittung ausbat. Die Kassenscheine, welche sich bei dem Gelde befanden, waren „inländische", das heißt, sie rührten von dem Kreditinstitute des kleinen Staates her, in welchem man lebte, und Nordheim machte gelegentlich auf diesen, wie man weiß, manchmal nicht ganz unwichtigen Umstand aufmerksam. Ludwig, den Kopf heiß von anderen Dingen, schrieb die verlangte Quittung, schloß das Geld ein und war froh, als der Gutsherr ihn wieder allein ließ. Duelle! Er hielt ein solches mindestens für eine große Dummheit, wenn nicht für Schlimmeres — und bald dachte er weder mehr an Nordheim, noch an dessen Geld.

(Fortsetzung folgt.)

---

* Die Walla-Walla-Affaire, die schon so viel und gerechtes Aufsehen erregte, hat bereits ihr Ende erreicht. Der Sohn des Rentier K. Körner in Görlitz ist am Montag Abend aus Amerika wieder in die Heimath zurückgekehrt, während Ewald Körner, dessen Neffe, welcher denselben begleitete und ebenfalls dem angeblichen Bunde angehörte, in St. Louis in eine Maschinenfabrik eingetreten ist.

* Ein Festmahl im Jahre 1665. In einer Zeit, wie der jetzigen, wo das Geld immer mehr im Werth sinkt und trotz alles Segens, den der Himmel auf die Erde schickt, die Theuerung der Lebensmittel durchaus nicht weichen will, thut es einem wahrhaft wohl, in der Geschichte zurückzublättern und in die vom Schwindel noch nicht beherrschten Zeiten einen Blick zu werfen. Einen solchen Blick bietet folgende, auf authentischen Quellen beruhende Mittheilung: Die „vereinigte vornehme Bürgergesellschaft zu Dessau", wie sie sich in den betreffenden Akten wohlgefällig nannte, hielt am 3. Osterfeiertag 1665 in Lukas von Bergens Hause ihr jährliches Festmahl, welches folgende Kosten verursachte:

Für eine Kalbskeule und dito Leber	10	Gr.	—	Pf.
Dieselbe zu braten	—	„	6	„
Butter an die Speisen	2	„	6	„
2 Pfund gebackene Pflaumen	2	„	6	„
Für holländischen Käse	3	„	—	„
6 Pfd. Ochsenfleisch, à Pfd. 1 G. 2 Pf.	7	„	—	„
Salat, Baumöl und Essig	2	„	6	„
Für Fische	11	„	6	„
Eine alte fette Henne zur Suppe	2	„	9	„
Für 1/4 Tonne Bier	15	„	—	„
Für Licht	1	„	6	„
Rosinen, Reis und englisches Gewürz	2	„	3	„
Brot und Semmel	5	„	—	„
Sauerkraut und Fett	2	„	—	„
Für 3 Pfund Schweinefleisch	4	„	—	„
Noch 6 Maß Bier à 3 Pf.	1	„	6	„
Für Warmbier mit Ingwer	2	„	—	„
Summa	3 Thlr.	3	Gr.	6 Pf.